Jürgen Rahf



Flug AY 812 -

Das herrliche Leben der finnischen EU-Parlamentarier wie Gott in Brüssel

Anmerkungen:

Dieses ist eine E-Book-freundliche Version. Es wurde weitestgehend vermieden Worttrennungen zu benutzen, da sie das Lesen in bestimmten E-Book-Readern erschweren.

Es wird im folgen Text keine geschlechtsspezifische Unterscheidung vorgenommen. Unter „Abgeordneten“ versteht man sowohl Personen männlichen, als auch weiblichen Geschlechtes.

Hoch im Norden gibt es ein Land mit knapp 5 Millionen Einwohnern, welches massgeblich an der Entwicklung von Handys beteilt war und mit dem Namen Nokia einen Weltruf unterhielt. Auch die Aufzüge von Kone sind weltweit bekannt.

Die nahezu staatliche Finnair ist eine der sichersten Fluggesellschaften der Welt. Zudem werden viele Schiffe mit Wärtsilä-Motoren betrieben und wurden auf finnischen Werften gebaut. Über das finnische Design mag man sich streiten und es ist indivuduelle Geschmacksache, auch wenn u.a. Marimekko nunmehr mit Geschäften in einigen Metropolen der Welt, selbst in Peking, vertreten ist. Das sind soweit (neben noch einigen anderen Errungenschaften) die Stärken Finnlands.

Politisch war Finnland immer ein Knecht Russlands oder Schwedens. Im 2. Weltkrieg war Finnland zunächst auf der deutschen Seite als einer der wenigen Verbündeten gegen Russland gekämpft. An diese Zeit der Verbundenheit mit Deutschland als Waffenbrüder erinnern sich die Finnen nicht gerne und der Krieg gegen Russland wird eher mehr als heldenhafter Kampf für die Freiheit Finnlands angesehen.

Auch in der Zeit des Kalten Krieges war man mehr dem Osten gegenüber aufgeschlossen, als gegenüber dem Westen. Aber diese Politik eines Kekkonen und Koivisto hat die Welt Finnland als Vermittler zwischen den Fronten kennengelernt und geschätzt.

Die finnische Wirtschaftspolitik war ein Gemisch aus pseudodemokratischem Sozialismus und Brutal-Kapitalismus und hat sich bis heute in mehr oder weniger erhalten. Nachdem Zusammenbruch des Sozialismus,

insbesondere des östlichen „Stief"- Bruderlandes Russland, war die finnische Wirtschaft am Abgrund; viele Grossunternehmen, Banken, Schifffahrtsbranche wurden Opfer dieser Zeit. Nur durch den späteren Beitritts zur Europäischen Union, später dem Euro, konnte die finnische Wirtschaft konsolidiert werden. Die EU bedeutete aber auch Einschränkung oder Verzicht in den vielen finnischen Monopol-Strukturen, die das Gefühl eines Sozialismus offenbaren. Noch heutzutage sind viele derartige Strukturen klar zu erkennen und werden verbissen von den Parlamentariern – gleich welcher Partei zugehörig - versucht zu erhalten. Die finnische Bahn, das Alkoholmonopol, das Glücksspielmonopol, Beschränkungen im Internethandel mit Pharmazeutika usw bestehen noch immer. Andere Staats-Monopole (Post=Itella, Busverkehr, Flugverkehr) sind zwischenzeitlich etwas relativiert oder gar notgedrungen reformiert. Selbst ein deutscher „Lidl" hat sich Dank EU und Niederlassungsfreiheit zum Schrecken der finnischen Monopolisten in vielen Städten etabliert, obgleich dieses Unternehmen nach sozialistischen Methoden von Kommunen durch Einwirkung der Wettbewerber noch immer diskrimniert wird. Clevere Rechtsanwälte könnten in Finnland Millionen verdienen, wenn sie die Umsetzung europäischer Verordnungen durch finnische Institutionen, Personen, Unternehmen verfolgen und Massnahmen ergreifen würden. Die Ausschreibungspraxis ist ein Beispiel dafür, wie EU Verordnungen (teilweise) durch einige Stellen hintergangen werden. Die Verschwendung von Steuergeldern (u.a. Stichwort „STX" und „Talvivaara") sind ein anderes Beispiel offensichtlich rechtwidriger Unterstützungen und Förderungen.

Die EU und auch der EURO waren und sind für die Finnen jedoch ein Glücksfall, denn die Finnen sind mehr Zahler als Empfänger; insofern durften auch sie sich an Hilfezahlungen u.a. für Griechenland beteiligen. Viele Projekte der Finnen wurden allerdings auch aus EU – Mitteln bestritten, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden sollen. Auch die finnische Landwirtschaft profitiert vom Zahlungssystem der EU.

Schon die Wahl und Auswahl der finnischen Kandidaten für das Europäische Parlament zeigt noch Spuren eines Systems der Vergangenheit und kann lediglich als pseudodemokratisch und scheinheilig angesehen werden. Die Parteispitzen entscheiden, wer in die Ranglisten für das EP aufgenommen wird und die Bevölkerung hat dann die Qual der Wahl zwischen einigen wenigen Kandidaten. Ein „parteiloser" Kandidat hat absolut keine Möglichkeit Mitglied im EP für die Interessensvertretung Finnlands zu sein.

Wie in vielen anderen Ländern allerdings auch üblich schiebt man gerne für die Nationalparlamente „unbequeme", „gescheiterte" oder sonst unpassende Personen nach Brüssel bzw. Strassburg ab. Aber auch für einige jüngere Politiker ist das Europäische Parlament ein Start für eine politische Zukunft im Heimatland und als Warteposition für „freiwerdene" Ministerjobs.

In der Liste der „Transparency" schneidet Finnland hinsichtlich der Thematik „Korruption" recht gut ab, auch wenn in der letzten Zeit einige spektakuläre Fälle in die Öffentlichkeit gelangt sind. In der Tat ist Finnland keine Bananenrepublik wie Yemen, Pakistan, die Philippinen oder Brasilien. Geschickt werden allerdings Ämter in der Verwaltung, der Politik, Interessensverbänden hin und

her vergeben, so auch für die Sitze im Europäischen Parlament. Wenn man sich die Lebensläufe der Politker ansieht, so zeichnen sie sich überwiegend nicht gerade durch sachliche oder fachliche Kompetenz aus.

Wer gute Jobs haben will, der muss das richtige Parteibuch haben, denn berufliche Qualifikation und entsprechende Ausbildung zählt im finnischen Verwaltungs- und Bürokratiestaat nicht. Auch ein mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getretener Bürger kann ohne Probleme Minister werden und einschlägig bekannte konservative religiöse Einstellungen hindern nicht daran, Innenminister/in zu werden und trotz gesetzlicher „Abtreibungsfreiheit" gegen diese zu propagandieren.

Die Finnen sind mit 13 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten und machen das Spiel eines Wanderparlamentarismus gerne mit, in dem sie zwischen ihren Heimatorten, Brüssel und Strassburg pendeln, und das grosse Geld zu Lasten der Steuerzahler und der Natur machen.

Der Natur? In der Tat verschwenden alleine die Europaparlamentarier mit ihren Pendeleien zwischen ihrer Heimat, Brüssel und Strassburg und ihrem Tross jährlich so viel CO2 – Emissionen wie 6 (sechs!) Braunkohlekraftwerke zusammen.

Viele der EU-Parlamentsabgeordneten reden vom Umweltschutz, Reduzierung der Emissionen, erlassen zahlreiche Gesetze und Verordnungen ,(„Direktive") und machen sich selbst (direkt oder indirekt) zu Umweltschutzkillern ersten Grades. Jedem Abgeordneten, insbesondere der „Grünen", muss die Fahrt zum Flughafen eigentlich ein Grauen sein,

insbesondere wenn sie dann im Europäischen Parlament neue Regelungen für Emissionsreduzierung und den Umweltschutz erlassen.

Es gibt da einige Volksvertreter, die die Interessen ihres Landes und der von ihnen zu vertretenen Interessen der Parteien oder Lobbies recht ernst nehmen, während andere die Tätigkeit als EU-Abgeordente/r als leicht verdientes Geld ansehen.

Viele treiben ihre Habgier jedoch auf die Spitze und sind mit dem, was ihnen offiziell zugebilligt wird, nicht zufrieden. Dieses Gebahren ist unabhängig von Ideologie oder Parteizugehörigkeit und geht durch die gesamte Parteienlandschaft.

Keine Frage, dass was die finnischen Abgeordneten als „Zugewinn“ ansehen, wird auch von vielen anderen Abgeordneten anderer Nationen so oder in anderer, ähnlicher Form betrieben.

In der Tat, seit Bestehen des EU-Parlamentes ist der Wasserkopf der EU-Bürokratie nicht nur durch die stetige Erweiterung der Mitgliedsländer, sondern auch durch die eigene Verwaltung stetig überproportial angestiegen.

Wer für die EU arbeitet, kann sich über hohe Gehälter und enorm vieler anderer Privilegien freuen, von denen ein Parlamentarier oder Beamter im eigenen Land nur träumen kann. Selbst ein Manager eines Industrieunternehmens erhält meistens nicht derartig hohe Bezüge, die in keinem Verhältnis zur Arbeit und Verantwortung stehen.

Das alles passt mit dem Sparkurs in Europa nicht zusammen. Die Reform zumindest des EU-

Beamtenstatus sollte das ändern – doch vielen greifen die geplanten Veränderungen zu kurz. An den Bezügen der Abgeordneten wird man nicht rütteln, da verständlicherweise keiner der Abgeordneten den Ast auf dem sie sitzen, absägen wird.

Schon für deutsche, nordeuropäische, irische oder englische Verhältnisse sind die Gehälter der Europaabgeordneten hoch. Mindestens 7956 Euro im Monat streicht ein Parlamentarier brutto ein. Die Betonung hier liegt tatsächlich bei mindestens! - In der Praxis kann es ein Abgeordneter gut und gerne auf über 214.656 Euro schaffen. Viele zusätzliche Boni – erwähnt sei nur das Sammeln von Meilen der Fluggesellschaften – sind weitere Vorteile, die noch nicht einmal vom Finanzamt der Abgeordneten veranlagt werden: so manche Urlaubsreise in die USA oder nach Thailand wurden durch die Meilen der Vielfliegerprogramme „kuittiert".

Besonders üppig fällt die Bezahlung jedoch aus, wenn man sie ins Verhältnis zu den Einkommen in den ärmeren EU-Ländern setzt. Ein Durchschnittsverdiener in Bulgarien muss im Schnitt mindestens 23 Monate arbeiten, um auf den monatlichen Bruttolohn seines Europaabgeordneten zu kommen. Selbst der bulgarische Präsident verdient nur halb so viel wie ein Europaabgeordneter seines Landes.

Keine Frage, die Lebenshaltungskosten in Strassburg oder Brüssel liegen weit über denen in Bulgarien, teilweise auch selbst über denen in Helsinki, Stockholm, Dublin oder Berlin. Doch um die Preisunterschiede auszugleichen, bekommen die Europaabgeordneten

verschiedenste Zulagen: Sie reichen von Reisekostenpauschalen und allgemeinen Kostenvergütungen bis hin zu einem Tagesgeld, das Unterkunft, Mahlzeiten und alle weiteren Ausgaben an offiziellen Arbeitstagen abdecken soll – und es auch reichlich tut. Von den Tagesgeldern kann man leicht diese Kosten auffangen, wenn man nicht gerade im Interconti oder Hilton wohnt und dort täglich isst.

Nimmt ein Parlamentarier alle Pauschalen in Anspruch, kann er bis zu 17.888 Euro im Monat erhalten. Damit gehören die Abgeordneten nicht mal zu den Top-Verdienern in Europa: Ihre Gehälter sind auf 38,5 Prozent der Bezüge eines Richters am europäischen Gerichtshof begrenzt.

Die Privilegien der EU-Beamten sind zum Teil deutlich grösser als die der Abgeordneten. Durch die Schuldenkrise der Südländer und den harten Sparkurs in einzelnen EU-Ländern sind diese jedoch unter Druck geraten. Bei den Verhandlungen über den Finanzplan für den EU-Haushalt bis 2020 beharrte vor allem der britische Premierminister David Cameron auf Kürzungen bei den Einkommen der zumindest bei den EU-Beamten. Anfang Juli hat das Europaparlament schliesslich eine Reform des EU-Personalstatus verabschiedet. Sie sieht vor, dass EU-Beamte zum Beispiel in diesem und im nächsten Jahr auf Gehaltserhöhungen verzichten. Neu eingestellte Beamte müssen künftig nicht mehr bis zum 63. sondern bis zum 66. Lebensjahr arbeiten – bereits aktive Beamte bis zum 65. Lebensjahr. Ihre Wochenarbeitszeit steigt von 37 auf 40 Stunden. Vielen reicht das jedoch nicht aus.

„Der Beamtendienst der EU bleibt auch nach der Überarbeitung des Beamtenstatuts der bestbezahlte in Europa“, sagt der Chef des Bundes der Steuerzahler in Deutschland, Rainer Holznagel. Unzählige Privilegien, wie üppige und steuerfreie Zulagen, blieben jedoch erhalten. Sie seien nun sogar für die nächsten zehn Jahre zementiert worden. Viele Beamte in Deutschland müssten zum Beispiel 42 Stunden pro Woche arbeiten und dürften erst mit 67 in Pension gehen. „Die EU-Beamten bleiben aus Sicht des deutschen Bundes der Steuerzahler weiterhin unsach- und unzeitgemäss privilegiert.“

Das niedrigste Einstiegsgehalt für EU-Beamten liegt bei 2650 Euro. In der Spitze verdienen EU-Beamte monatlich über 20.000 Euro brutto. Ihr Durchschnittseinkommen liegt bei 6000 Euro brutto.

Zum Gehalt kommt eine Auslandszulage von 16 Prozent hinzu, auch dann, wenn der Beamte in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich wohnt und beispielsweise nebenan in Luxemburg arbeitet.

Die Finnen sind geographisch benachteiligt, denn zwischen Brüssel und Helsinki liegen rund 2,5 Flugstunden. Die Fahrt eines deutschen Abgeordneten mit dem Zug nach Köln dauert etwa gleich lange...

EU-Mitarbeiter bekommen für den Schulbesuch der Kinder und das Studium einen Zuschuss. Für das Studium werden knapp 500 Euro monatlich gezahlt.

Einmal im Jahr erhalten EU-Mitarbeiter und ihre Familien pauschal eine Heimreise in Höhe der Kosten einer Bahnfahrt 1. Klasse erstattet.

Für die Heimfahrten gibt es Extraurlaub. Bei mehr als 2000 Kilometern Entfernung werden sechs Sonderurlaubstage gewährt. Ein „normaler“ Arbeitnehmer kann von derartigen Zulagen und Vergünstigungen nur träumen. Kein Arbeitgeber gewährt diese Sonderkonditionen oder das Finanzamt, insbesondere die finnische Finanzverwaltung, schlägt entsprechend brutal zu.

EU-Beamte unterliegen nicht dem nationalen Steuersätzen. Stattdessen zahlen sie eine Gemeinschaftsteuer, die in den EU-Haushalt zurückfliesst. Auch ist die Steuerlast entsprechend niedriger: Trotz besserer Bezahlung zahlen EU-Beamte erheblich weniger Steuern als ein vergleichbarer Beamter in Deutschland, Finnland, Schweden oder Dänemark.

Die EU-Gehälter werden automatisch nach einer festen Formel erhöht. Sie orientiert sich an den Lebenshaltungskosten und den Beamtengehältern in bestimmten Mitgliedstaaten und wurde mit dem EU-Beamtenstatut reformiert. Die automatischen Erhöhungen sorgten in der Vergangenheit immer wieder für Diskussionen. Zum Beispiel stiegen die EU-Beamtengehälter auf dem Höhepunkt der Finanzkrise um 3,7 Prozent, während Arbeitgeber – und Arbeitnehmerverbände in der gleichen Zeit von den Regierungen zu Massregelungen und moderaten Gehaltserhöhungen während der Tarifverhandlungen aufgefordert wurden, die teilweise mit „Nullregelungen“ endeten.

Vor der Reform des EU-Beamtenstatus konnten EU-Beamte mit 63 Jahren in Pension gehen. Bereits ab 55 Jahren war eine Frühpension möglich. Nun soll die

Pensionsgrenze für die bereits angestellten EU-Beamten auf 65 Jahre angehoben werden.

Aber auch den EU-Parlamentariern geht es nicht schlecht, denn sie unterliegen – im Gegensatz zu den meisten Beamten – keiner Kontrolle und können ihre Zeit mehr oder weniger frei in eigener Verantwortung planen. Selbstverständlich gibt es Verpflichtungen in der Fraktion, den Ausschüssen, Pläuschen und Austausch von Ansichten mit Kollegen usw. .

Jeder der EP-Abgeordneten wird einen vollen Terminkalender präsentieren, denn eine Rechtfertigung von Tagesgeldern muss es natürlich geben – und sei es nur für das eigene Ego. So ist es keine Seltenheit, dass Abgeordnete erst um 17 Uhr – speziell am Montagen – aus Helsinki eintreffen, sich registrieren lassen und 10 Minuten später das Gebäude verlassen und somit Anspruch auf das gesamte Tagegeld haben. Zwei finnische Abgeordnete fielen damit besonders auf. Durch diese Masche kommt man auf einen stolzen Stundenlohn von 1800 Euro, wenn man die Wartezeit und die Fahrt im Fahrstuhl mit einberechnet, denn selbst um diese späte Zeit scheinen viele Abgeordnete sich selbst Abendarbeit zu verschreiben, wobei man sie dann im Gebäude vergeblich sucht.

Es ist ein beliebiger Tag gegen 7 Uhr. Es spielt keine Rolle ob in Brüssel oder Strassburg, denn das Szenario ist in beiden Orten gleich.

Überwiegend schwarze und einige silberne Limousinen fahren vor. Der Fahrbereitschaft hat Hochkonjunktur. Im Foyer herrscht eine wundersame Hektik: rund 14 Abgeordnete reihen sich am fraglichen Morgen in die wartende Schlange ein, um sich in die Anwesenheitsliste

des Europäischen Parlamentes einzutragen und das Sitzungsgeld in Höhe von 284,00 Euro zu kassieren. Bei durchschnittlich 12 Sitzungstagen im Monat macht dieses immerhin eine steuerfreie Summe von 3408,00 Euro zusätzlich zu den herkömmlichen Gehältern und Zulagen aus.

Während dieser einen Stunde werden 10 finnische Parlamentarier – alle gepackt mit Flugkoffern, einige zusätzliche mit Plastiktüten, offensichtlich gefüllt mit Shoppingmitbringseln – entdeckt. Sie sehen nicht gerade aus, als ob sie diesen Tag mit Arbeiten verbringen werden.

Smalltalks zwischen den Abgeordneten und Handytelefonate beherrschen die Szene. Die Anwesenheit wird ähnlich wie bei einem Fabrikarbeiter in eine Liste erfasst. Gelassen tragen sich die Abgeordneten in die Listen ein, nehmen dann den Fahrstuhl und verschwinden...Richtung Flughafen.

Erstaunlich ist die hektische Aktivität einiger finnischer Abgeordneten. Kein Wunder: ihre Maschine der Finnair um 11.40 Uhr, die AY 812 von Brüssel nach Helsinki muss erreicht werden. Wieder ein Tag für den es Tagesgeld, Sitzungsgeld und Spesen gibt, obgleich keine einzige Minute gearbeitet wurde.

Auf Befragen des Volksvertreters, wird dann spontan geantwortet, dass man am Wochenende in seinem Wahlkreis sein müsse und man dortige Verpflichtungen hat: die spätere Maschine der Finnair um 17.55 hätte es aber auch noch getan....

Den Vorwurf eines Betruges weisst man natürlich energisch zurück: im Übrigen habe man ja den Tag zuvor

bis 23 Uhr gearbeitet und Gespräche geführt: in der Bar unweit des Parlamentgebäudes...

Es ist ein normaler, anderer „Arbeitstag“ im Parlament. Gemeint ist damit ein Sitzungstag und viele wichtige Abstimmungen liegen an, die eigentlich auch finnische Volksvertreter mit beinflussen könnten und sollten.

Während der Sitzungseröffnung zeigt sich der Sitzungssaal ziemlich gefüllt. Von den 13 finnischen Abgeordneten sind (anfangs) auch 11 anwesend, jedoch bereits nach 20 Minuten sind die Stühle der finnischen Abgeordneten bis auf einen leer.

Nun ja, mag man sich denken, es ist Kaffeezeit. Selbst jedoch nach einer weiteren Stunde lässt sich keiner dieser 10 fehlenden Abgeordneten blicken. Auch vor der Mittagspause, nach der Mittagspause bleiben ihre Stühle leer. Es ist 15.00 Uhr: drei finnische Abgeordnete sind zwischenzeitlich eingetroffen und haben ihren Platz eingenommen, um dann wenig später kurz vor Beendigung der Sitzung erneut zu verschwinden: wieder ein stressvoller Sitzungstag der Parlamentarier und Berechtigung das Sitzungsgeld in Empfang zu nehmen...

Viele mögen denken, dass sich das Verhalten der Abgeordneten seit Einführung von TV/Internet-Direktsendungen aus dem Europäischen Parlament verändert hat. Dem ist jedoch keinesfalls so. Die Abgeordneten haben einfach keinerlei Skrupel und fallen eher durch Abwesenheit auf, als durch glänzende Reden.

Die vielen Texte, die teilweise während jeder Sitzung durchgehandelt werden, umfassen etliche hundert Seiten und werden erlauben es den Abgeordneten kaum, diese genauer zu studieren.

Während zweier Monate wurde die Anwesenheit der finnischen Abgeordneten im Sitzungssaal den Europäischen Parlamenten in Brüssel und Strassburg und in den Ausschüssen verfolgt und diese Zahlen offenbaren, dass den Abgeordneten offensichtlich nicht viel an den Debatten liegt.

Was sie während der Debatten im Plenarsaal tun, ist eine andere, nicht kontrollierbare Angelegenheit. Es scheint, dass Twittern, Facebook oder andere soziale Medien, Internet-Surfen oder Zeitungslesen während der Sitzungen wichtiger erscheinen. – Obgleich sie dafür Schmerzensgeld (=Sitzungsgeld) erhalten. Für einen Redner zeigt dieses jedoch eine ignorante Interessenslosigkeit der Anwesenden, die wir allerdings auch von lokalen Parlamenten kennen.

Die Anwesenheit der finnischen Abgeordneten während der Debatten im Plenarsaal betrug durchschnittlich nur 19%.

Die Anwesenheit während der Abstimmungen betrug nur durchschnittlich lächerliche 23%.

Auch die Verweildauer während der Debatten bestätigt das grundsätzliche Nichtinteresse der Abgeordneten an einer parlamentarischen Diskussion: durchschnittlich betrug das „Durchhaltevermögen“ nur 1 Stunde (meistens, wenn ein finnischer Kollege sprach).

Vermutlich scheinen die Stühle der Abgeordneten nicht sehr bequem zu sein, denn sonst würden sie es wenigstens etwas länger aushalten. Zugegebenermassen sind viele Debatten langwierig oder gar langweilig und erscheinen gar teilweise vom thematischen Inhalt unsinnig, uninteressant oder gar einfach nur

unrelevant...aber das ist eben ein Grossteil der EU-Bürokratie und dafür erhalten die Abgeordneten eben neben dem Tagegeld entsprechende Sitzungsgelder. Es ist aber schon erstaunlich, mit welchen Themen sich erwachsene Personen befassen müssen und hierüber stundenlange Debatten geführt werden. Hier ist nur ein Thema der letzten Tage, an denen sicherlich kein finnischer Abgeordnete teilnehmen wird: es steht zur Debatte „Festlegung von Kriterien dafür, wann Altpapier gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle nicht mehr als Abfall gilt“. Bei einer Abhandlung dieses Punktes im EP würden bei (angenommenen) vollem Sitzungsaal und Dauer von nur 15 Minuten dem Steuerzahler Kosten in Höhe von 350.000 Euro entstehen (anteilige Gehälter der Abgeordneten, Zulagen, Tagesgelder, Sitzungsgelder, Reisekosten, Strom, Verwaltungskosten der Beamten, die an dieser Dokumention beteiligt waren, Aufbereitung der Dokumentation, Übersetzungskosten in alle Sprachen der EU usw.).

Ein Grossteil dieser Thematiken sind aus den entsprechenden Seiten der Homepage des Europäischen Parlamentes ersichtlich und verführen in der Tat Aussenstehende zum Kopfschütteln. Keinesfalls ist dieses einzig die „Schuld“ der Finnen. Sie helfen allerdings, genau wie die vielen anderen Abgeordneten dazu, dass dieses Parlament in seiner eigenen Bürokratie erstickt. Viele der Bürokratie-Strukturen des EP wurden nach Mitgliedschaft Finnlands in der EU bedauerlicherweise durch die Übernahme bestimmter EU Direktive auch in Finnland domestiziert.

Besondere Aktivitäten entwickelten die finnischen Abgeordneten des EP während einer Sitzung im Jahre

2010 hinsichtlich der Thematik „Online-Glücksspiel". Einer Thematik, die so alt ist wie das Internet und jährlich auf den Agenden des EPs steht. Die Abgeordneten Repo, Essayah und Korhola sprachen sich u.a. drastisch gegen das Angebot von Online-Glücksspielen aus und forderten entsprechende Massnahmen: unerwähnt wurde, dass die finnischen Glücksspielmonopolisten „Veikkaus" und „RAY" staatlich gesteuerte Unternehmen sind, die mit täglichen Werbungen selbst im TV auch das Online-Glücksspiel geradezu propagandieren.

Keine Frage, das Glücksspiel, insbesondere das Online-Glücksspiel, birgt Gefahren und ein Suchtpotential ersten Grades. Die EU kann jedoch noch soviele Gesetze schaffen, wenn die Anbieter ausserhalb der EU anssässig sind, sind sie nahezu machtlos, ausser jeglicher Computer- und Datenverkehr wird überwacht.

Einige Länder wie beispielsweise Malta, Zypern oder Österreich werden sich jedoch strikt weigern einem totalem Verbot zuzustimmen. Es wäre ganz einfach nationale Gesetze zu erlassen und Online-Anbieter von Glücksspielen zu sperren oder/und Bankverkehr (meistens wird Zahlung per Kreditkarte gefordert) zu überwachen.

Nach Untersuchungen von Steven Blake der Universität Oxford hat die gesamte Diskussion eines Online-Glücksspiels, dem Suchtpotential, der Aufklärung, der Präventation bisher dem EU-Steuerzahler rund 3,5 Milliarden Euro gekostet. Die Diskussionen im EP haben keinerlei Fortschritte gebracht.

Auch die Arbeit in den Ausschüssen scheint nicht von grossem Interesse zu sein. Viele der finnischen Abgeordneten nehmen lediglich an durchschnittlich 10%

der Ausschuss-Sitzungen teil, wenngleich sie in den Ausschüssen entsprechend akkreditiert sind und sie eben aus Steuermitteln mehr als durchschnittlich für die Arbeit – auch nur die die Anwesenheit - entlohnt werden.

Viele Anwesenheitslisten sind heutzutage auch auf den Seiten des Europäischen Parlamentes zu finden. Dank der Technik sind auch viele Ergebnisse, zumindest der namentlichen Abstimmungen, des Parlaments dort zu finden. Auch www.votewatch.eu hat sich dieser Sache ziemlich genau angenommen und bestätigt die mangelnde Präsenz der (nicht nur) finnischen Repräsentanten.

Aber es kommt noch krasser: Immer wieder fallen zusätzlich die finnischen Abgeordneten auf, die sich auf den Anwesenheitslisten eingetragen haben, auf der anderen Seite sind sie dann auf keiner namentlichen Abstimmungsliste zu finden sind...

Im Einzelnen wurden die Anwesenheiten der Abgeordneten

- Sari Essayah (kd.)
- Nils Torvalds (r.)
- Satu Hassi (vihr.)
- Tarja Cronberg (vihr.)
- Petri Sarvamaa (kok.)
- Liisa Jaakonsaari (sd.)
- Anneli Jäätteenmäki (kesk.)
- Eija-Riitta Korhola (kok.)
- Riikka Manner (kesk.)
- Sirpa Pietikäinen (kok.)
- Mitro Repo (sd.)
- Sampo Terho (ps.)
- Hannu Takkula (kesk.)

Erklärung:

kok. = Zentrumspartei

sd. = Sozialdemokratische Partei

r = Schwedische Volkspartei

kd. = Christdemokraten

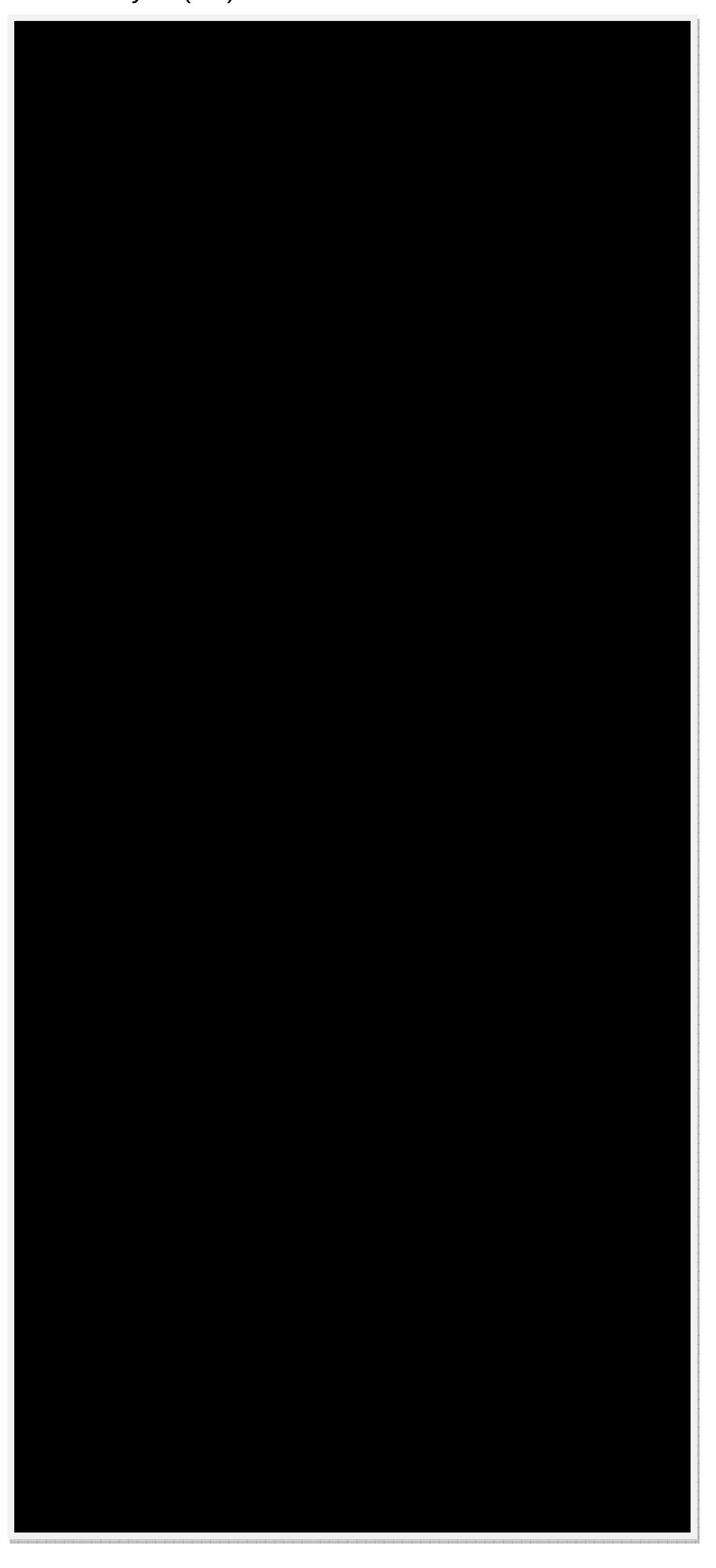
vihr. = Grüne

ps. = Perussuomalaiset = „Grundliegende Finnen“ –Partei

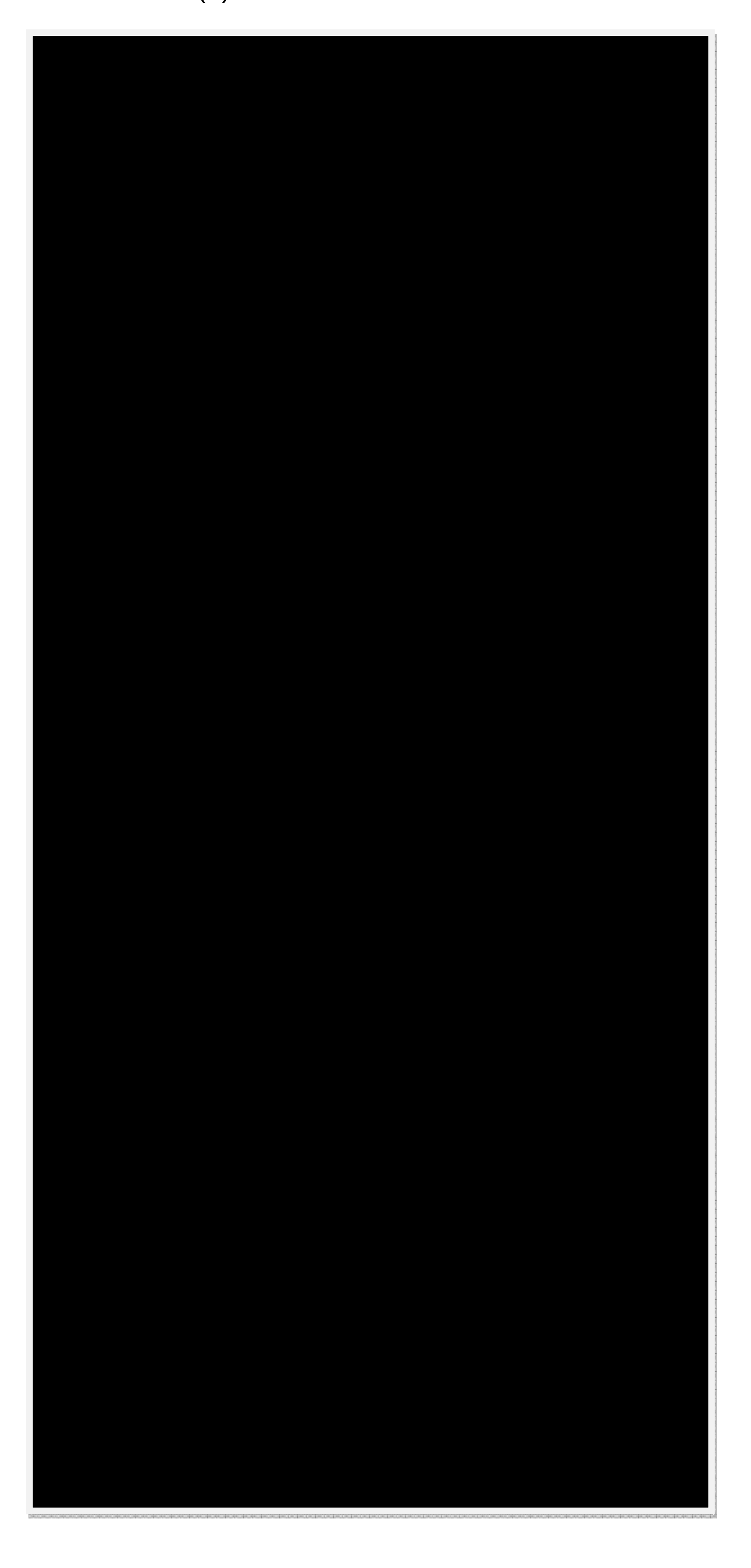
„erfasst“ und beobachtet.

Hier das „Bewegungs- und Aktivitätenprofil“, soweit dieses Zeiten der Sitzungen im Europäischen Parlament in Strassburg und Brüssel betrifft:

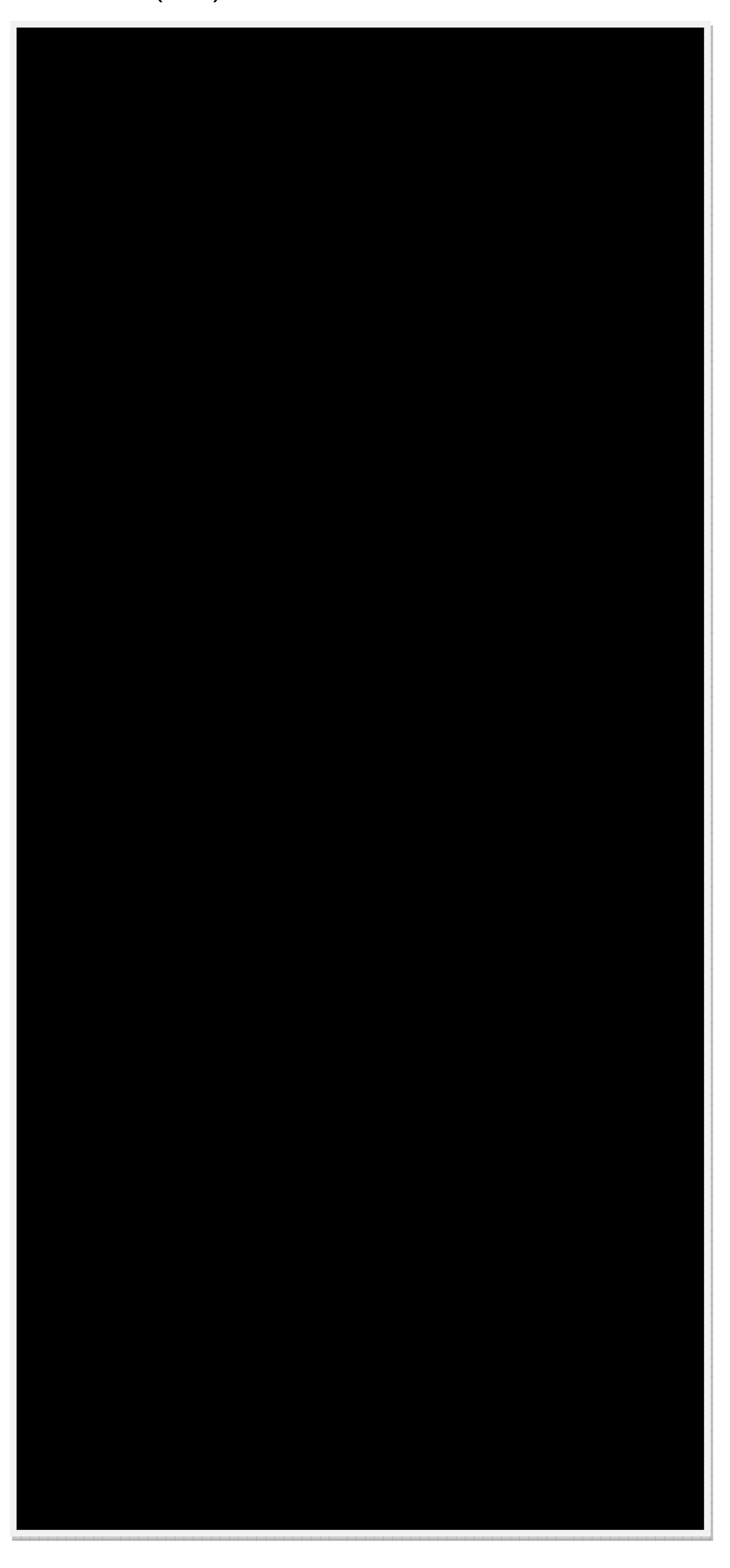
Sari Essayah (kd.)



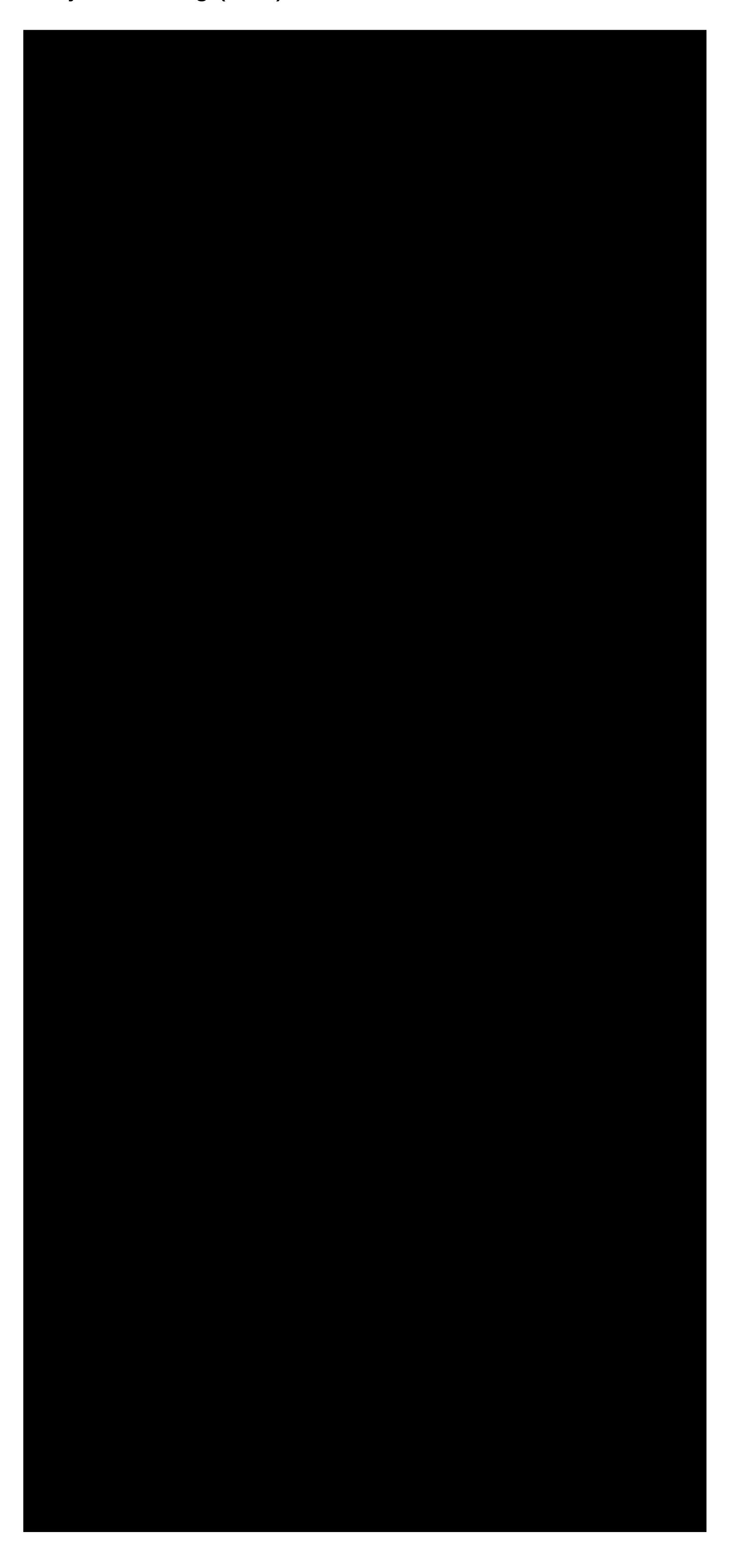
Nils Torvalds (r.)



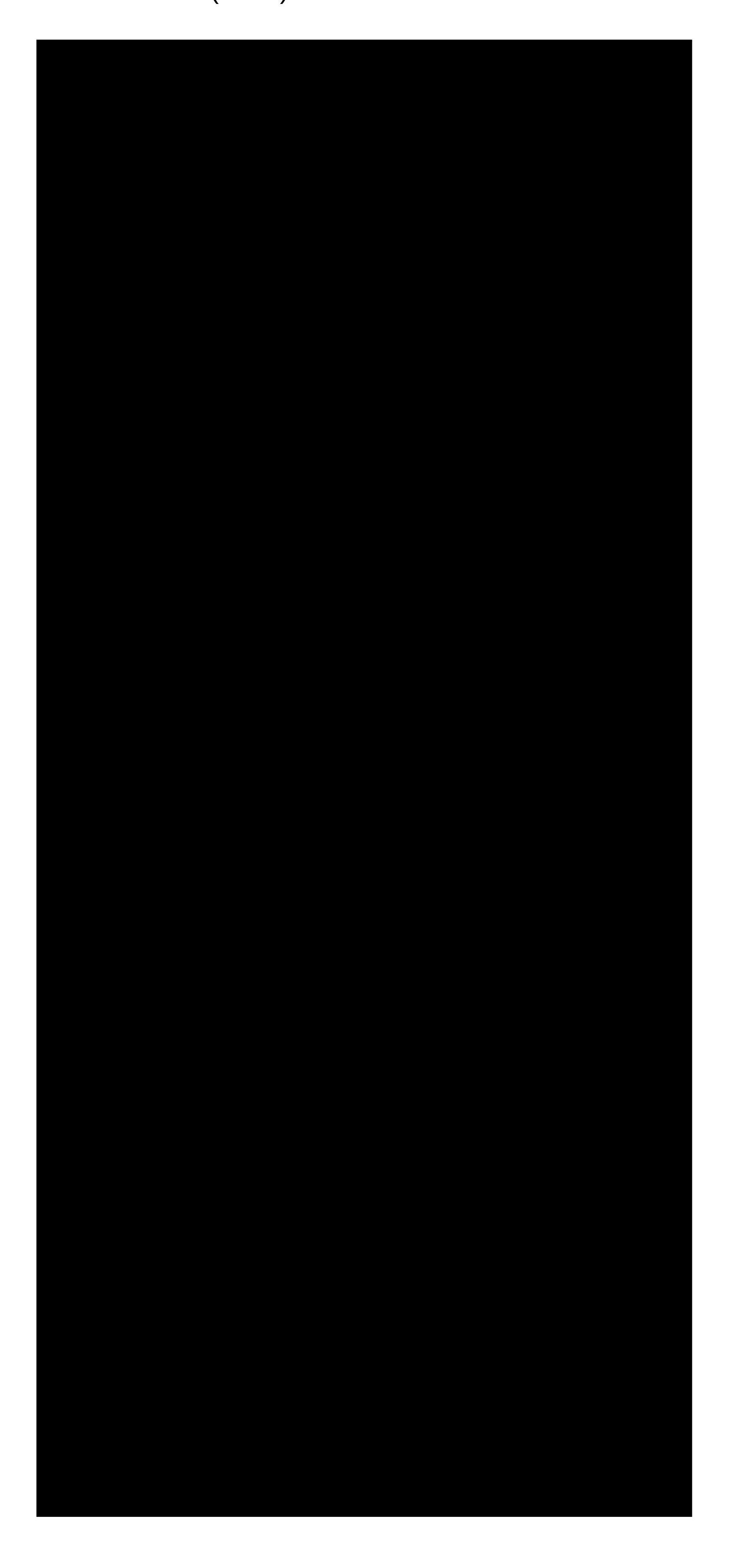
Satu Hassi (vihr.)



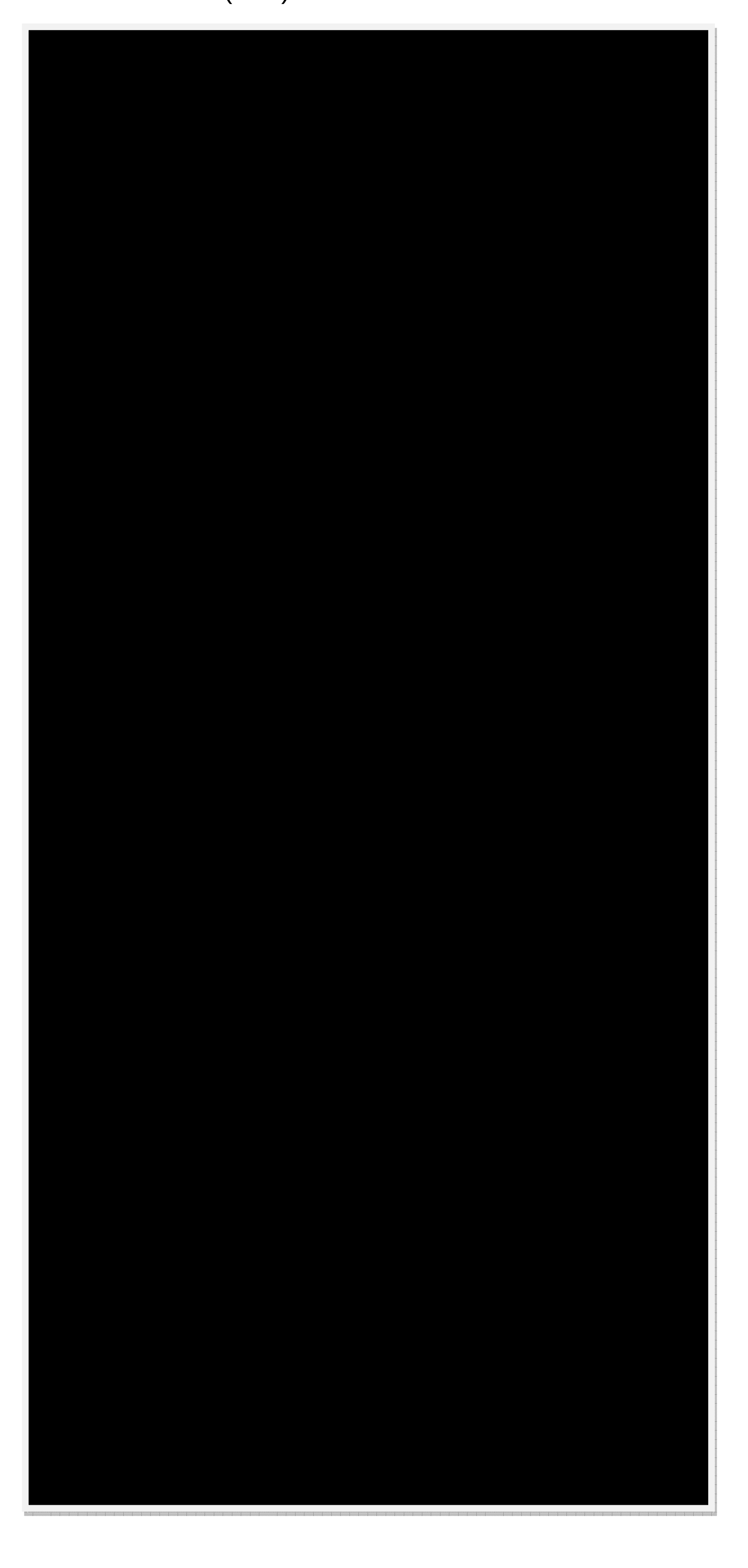
Tarja Cronberg (vihr.)



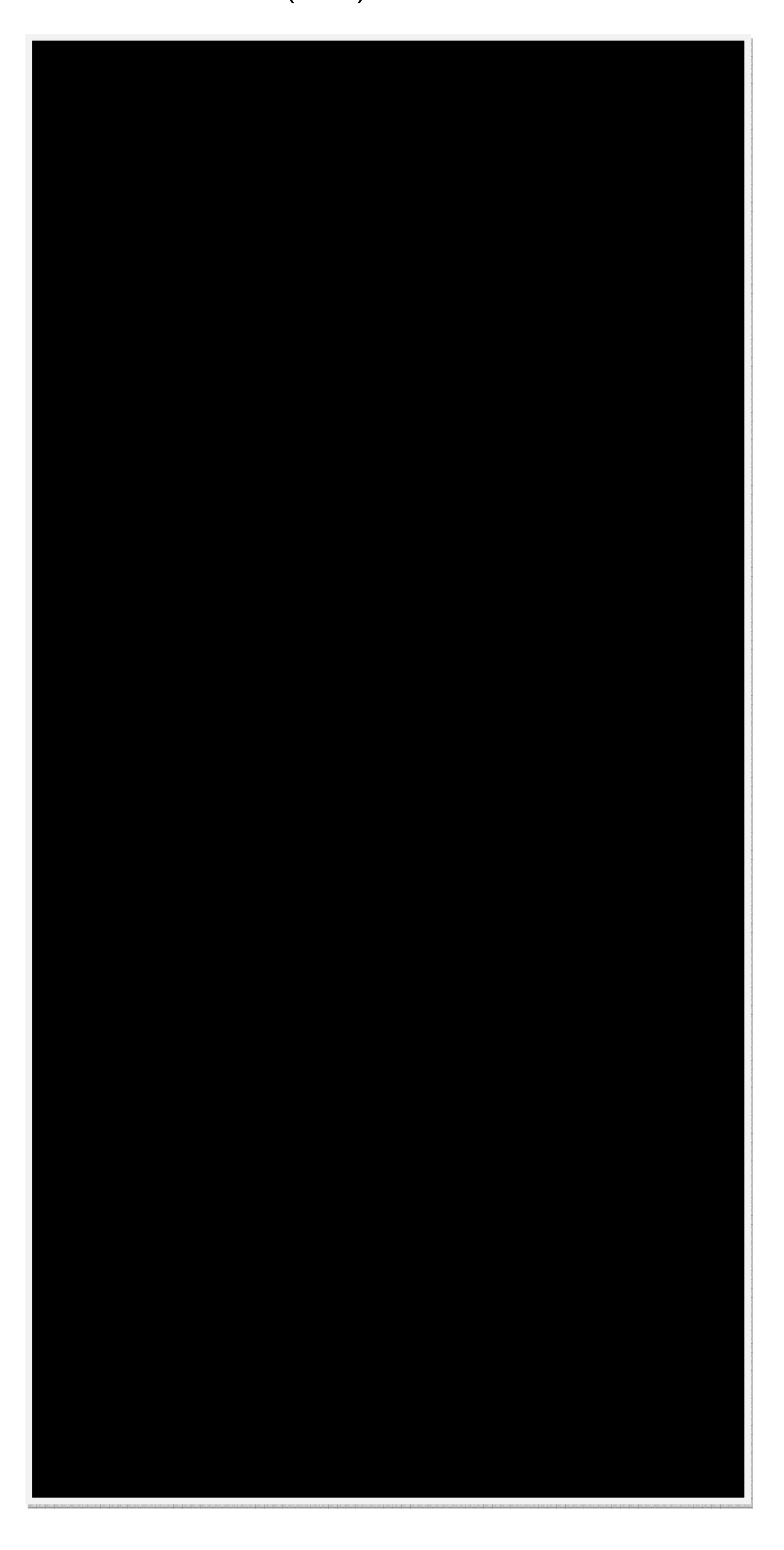
Riikka Manner (kesk.)



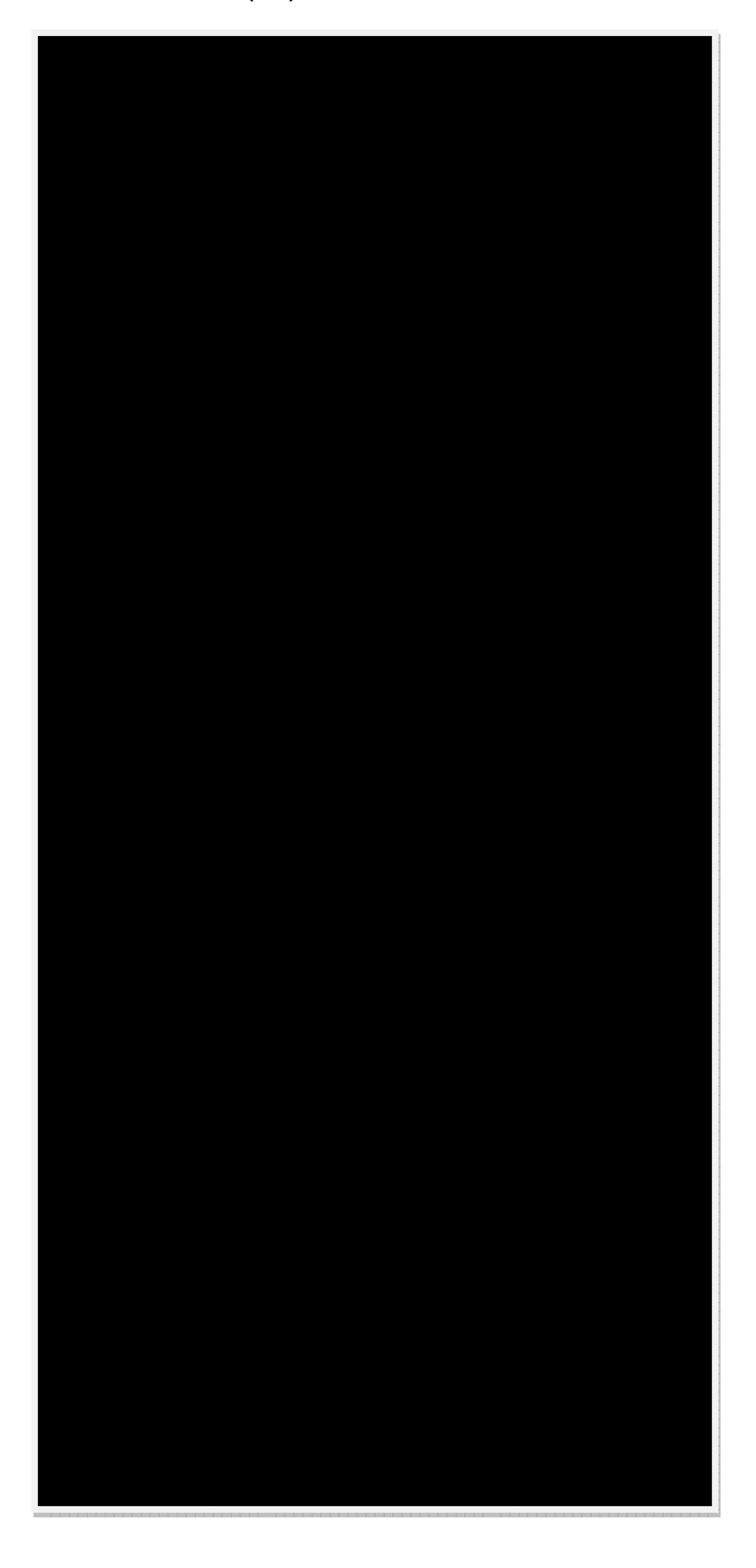
Petri Sarvamaa (kok.)



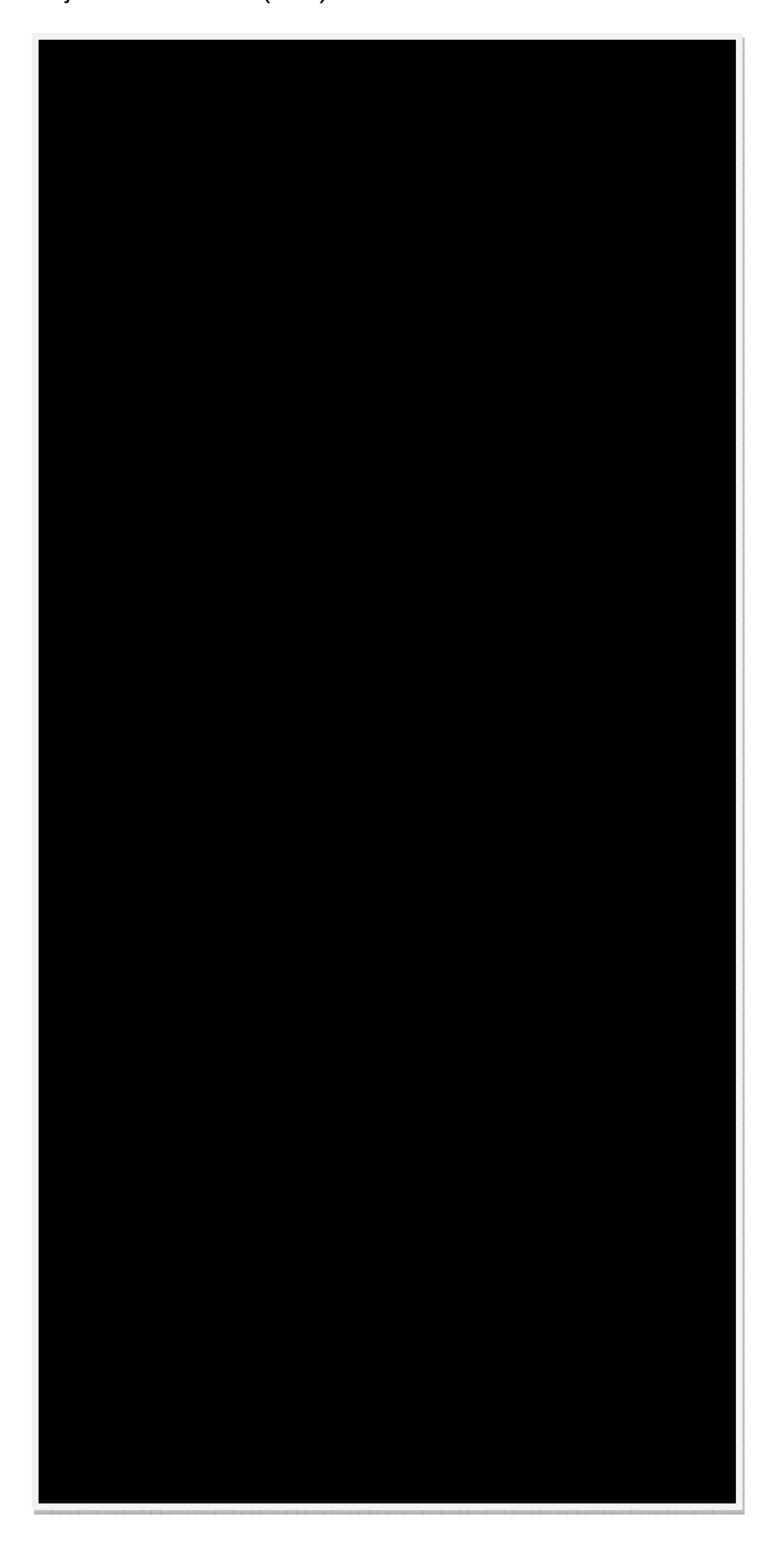
Anneli Jäätteenmäki (kesk.)



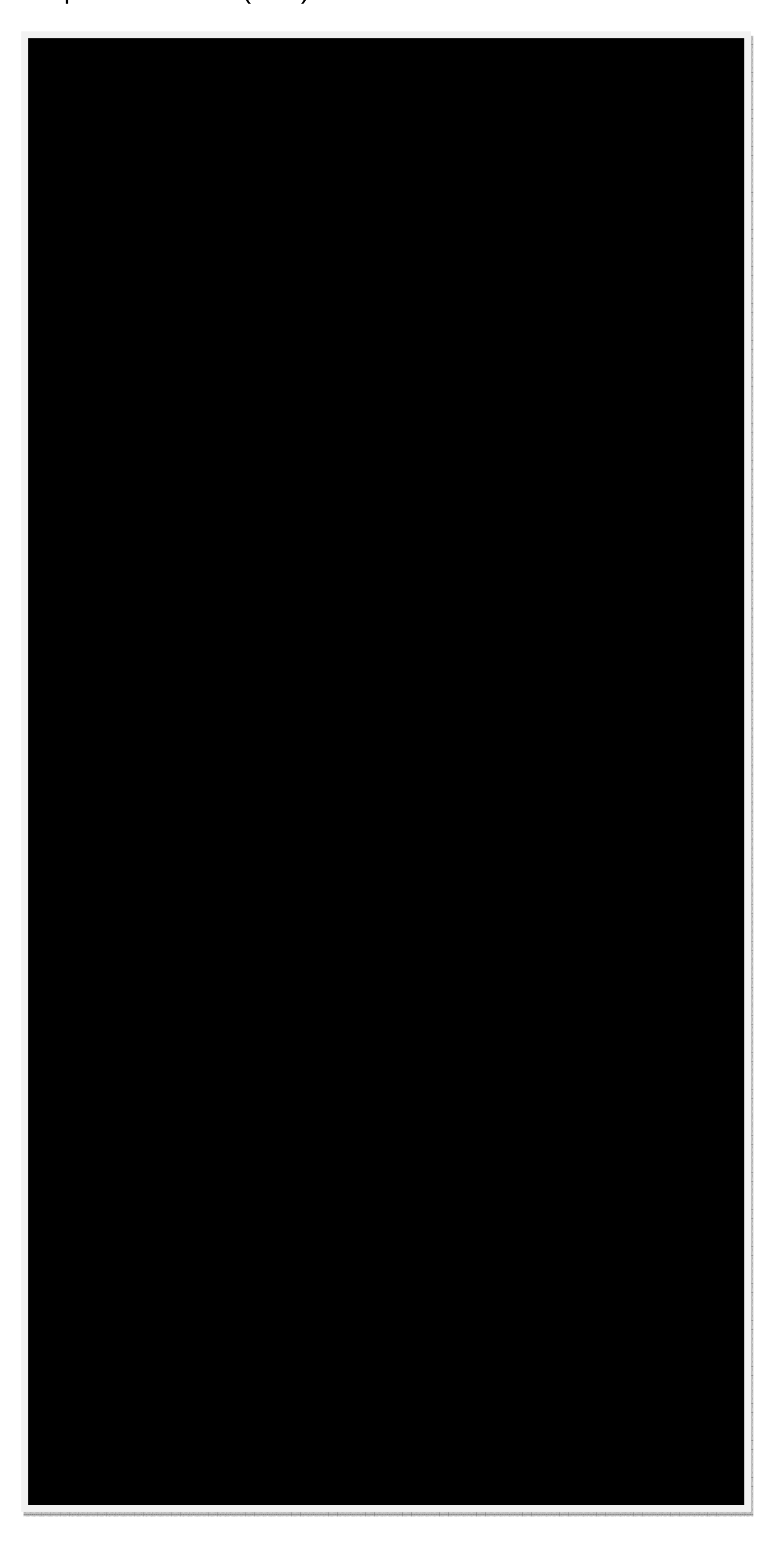
Liisa Jaakonsaari (sd.)



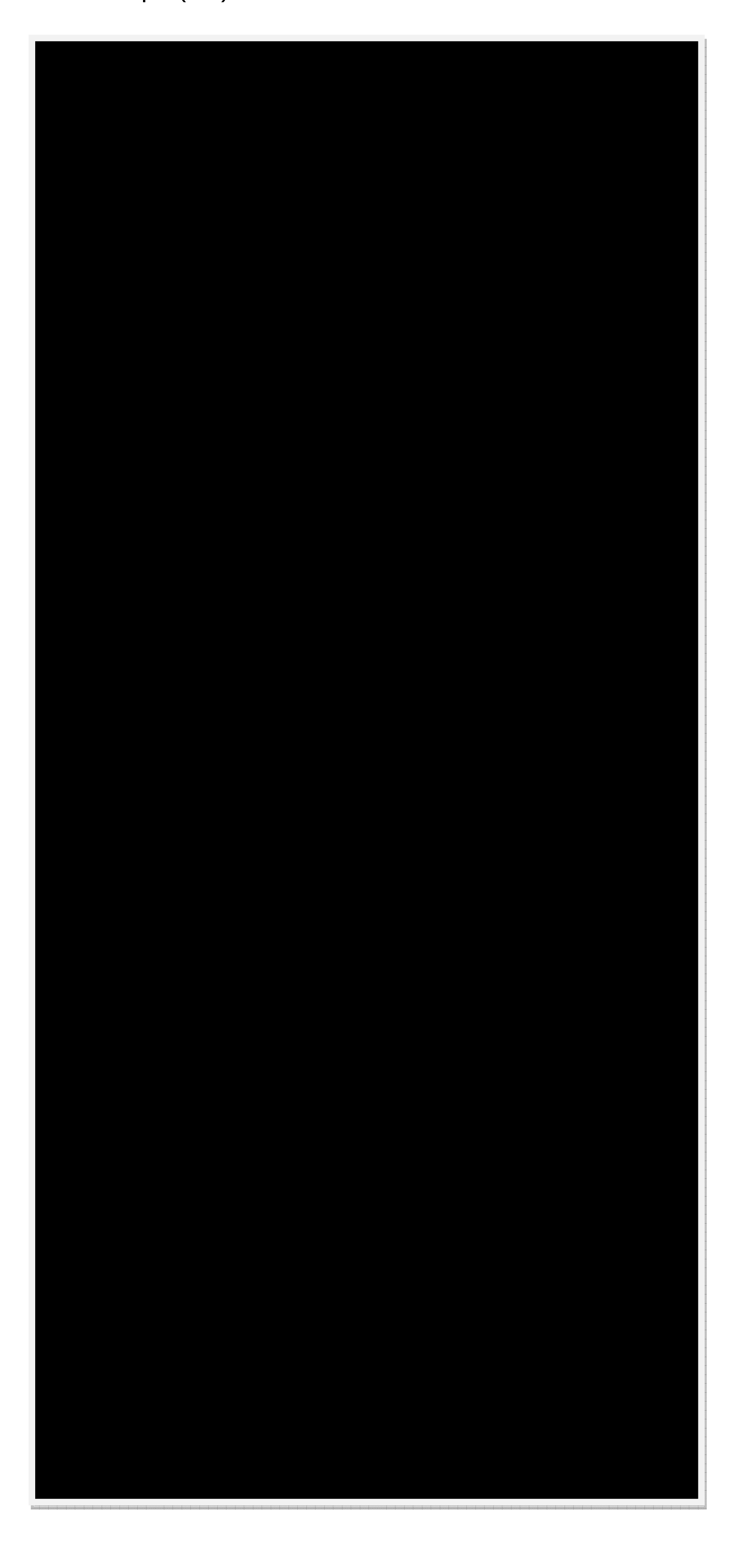
Eija-Riitta Korhola (kok.)



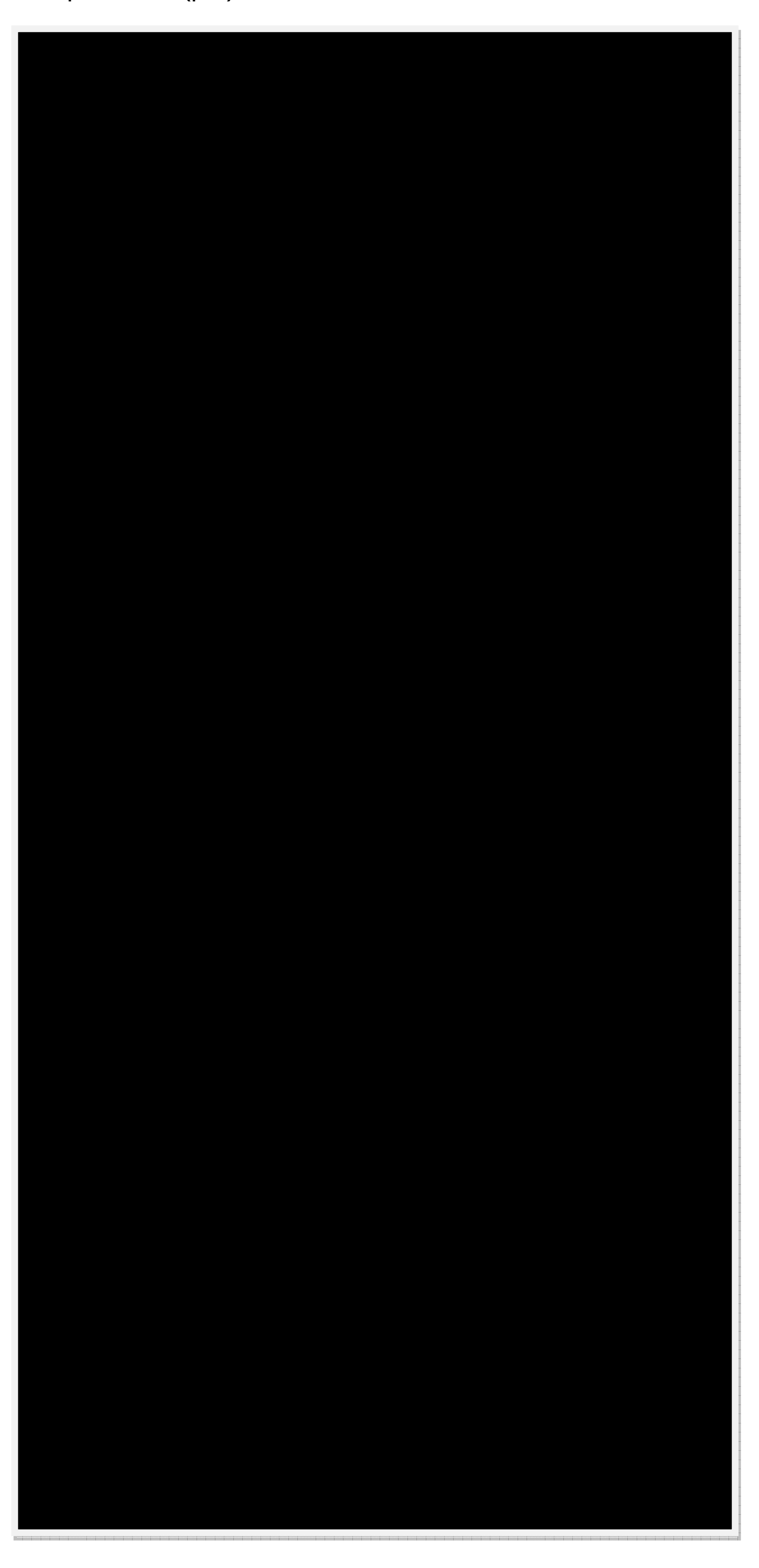
Sirpa Pietikäinen (kok.)



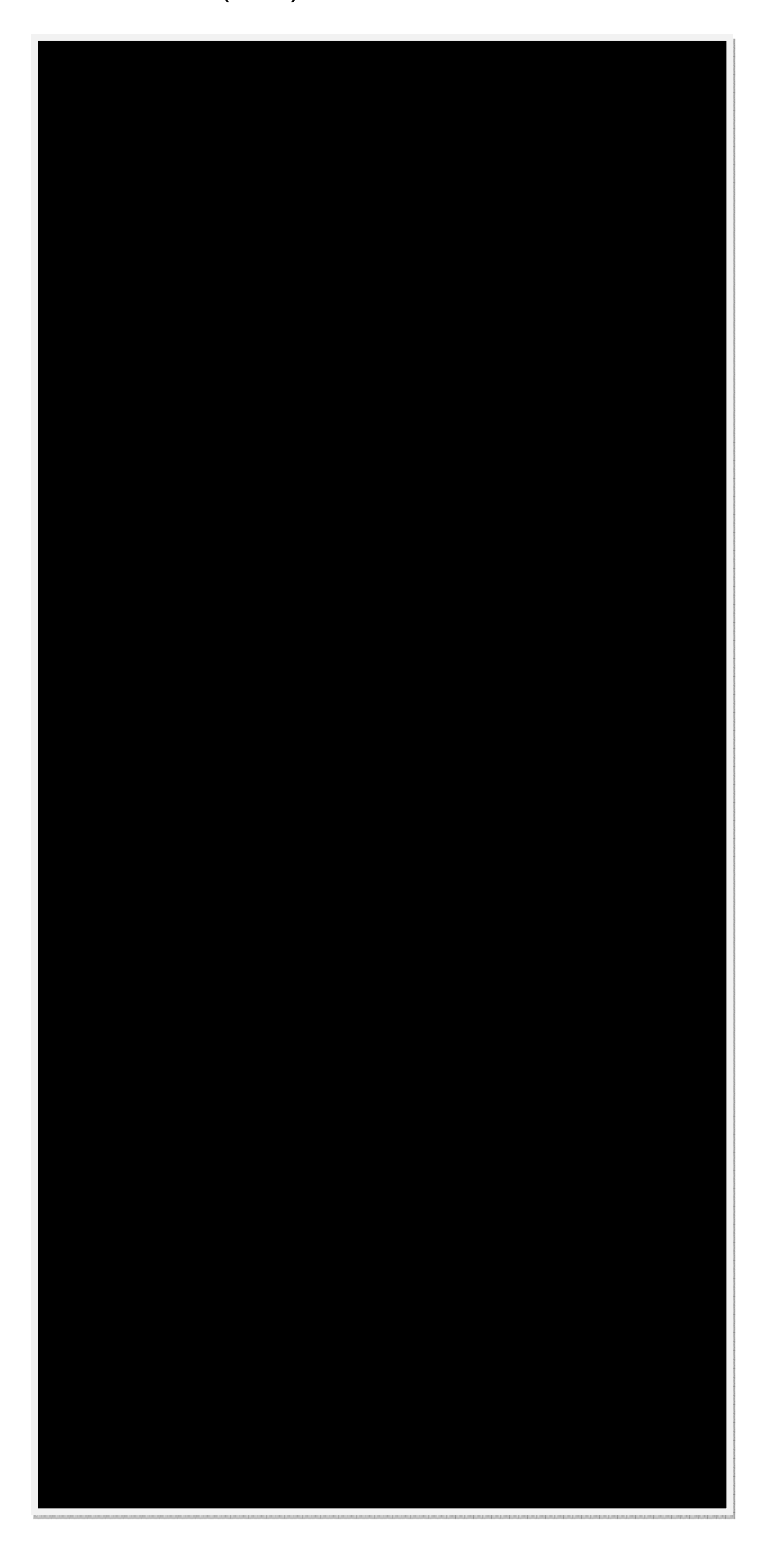
Mitro Repo (sd.)



Sampo Terho (ps.)



Hannu Takkula (kesk.)



Insbesondere bei der Abgeordneten Essayah sei festzuhalten, dass sie im Jahre 2012 als Präsidentschaftskandidatin fungierte. – Ihre lächerlichen 2,5% sind ein Armutszeugnis der „Beliebtheit“. Wir halten aber fest, dass sie zu dieser Zeit Abgeordnete in Brüssel bzw. Strassburg war und selbstverständlich von dort Bezüge erhalten hat, wenngleich sie einen Grossteil der Zeit auf Wahlkampf in Finnland war...und dieses nicht nur auf die „EP-dienstfreien“ Wochenenden.

Auch der Abgeordnete Hannu Takkula (Abgeordneter des EP seit 2004) war nicht nur im EP tätig, sondern hatte gleichzeitig noch eine Funktion im Stadtparlament von Turku inne. Auch hier kann man sich die Frage der Prioritäten stellen, da die Sitzungen des Stadtparlamentes keinesfalls am Wochenende stattfinden, wie ein EP Abgeordneter beide Funktionen (zeitlich) ausüben kann. Sitzungsgelder aber von 2 Sitzungen gleichzeitig zu bekommen wäre keine Seltenheit...

Zur grundsätzlichen „Verteidigung“ der Abgeordneten soll natürlich nicht unerwähnt bleiben, dass zur Arbeit eines Abgeordneten nicht nur die leibliche Präsenz im Parlament zählt: auch im Büro der Abgeordneten, in den Fraktionen oder Ausschüssen gibt es stets Arbeit... – Selbst Treffen mit Lobbyisten - Vertretern der Interessensverbänden - usw. gehören dazu und finden auch ab und zu in ungezwungener Umgebung von Restaurants statt...

Dennoch gehört das Parlament offiziell als Raum – im wahrsten Sinne des Wortes - für die Meinungsbildung zum elementaren Teil zur Demokratie.

Wenn Abgeordnete schlechthin nur einen äusserst geringen Teil ihrer Zeit im Sitzungssaal des Parlamentes verbringen, so erweist sich dieser lediglich als klimatisierter Wartesaal erster Klasse und die Reden, sowie Abstimmungen könnten allesamt lediglich „online" stattfinden. – Etliche 100 Millionen, wenn nicht gar eine Milliarde Euro könnten dadurch jährlich erspart werden (alleine der wechselnde Tournus der Parlamente in Brüssel und Strassburg kosten dem europäischen Steuerzahler jährlich über 300 Millionen Euro).

Die Problematik ist jedoch, dass die Abgeordneten für die Parlamentssitzungstage neben dem Gehalt und zahlreichen Aufwandsentschädigungen auch das fragliche Sitzungsgeld in Anspruch nehmen. – Dann hat der Steuerzahler auch das Recht, dass an den Sitzungen teilgenommen wird. Problematik ist jedoch, dass niemand nach dem „Einchecken", dem Eintragen in die Anwesenheitsliste, prüft, was der Abgeordnete dann anschliessend macht. Ein „Aus-Checken" gibt es bedauerlicherweise nicht.

Nach alledem scheint sich der Eindruck zu erwecken, dass die Abgeordneten ihren Dienst nur aus reiner Profitgier ausüben und alle möglichen Quellen suchen, ihre materiellen Ansprüche zu befriedigen, insbesondere wenn eben eine Anwesenheit vorgespiegelt wird, die lediglich dem Zwecke dient, Sitzungsgelder zu kassieren.

Ein ganz anderes Verhalten offenbart sich jedoch mit dem – wenn sie dann überhaupt anwesend sind – Abstimmungsverhalten der finnischen Abgeordneten.

Hier ergeben sich er oft „ominöse" Verhaltensweisen der Abgeordneten von denen „Aussenstehende" teilweise nicht erkennen können, welcher Ansicht oder politischen

Überzeugung die Abgeordneten tatsächlich folgen: denen ihres eigenen Gewissens, ihrer eigenen politischen Überzeugung (Anmerkung: Überzeugung und Gewissen müssen nicht übereinstimmen), der ihrer Wähler, ihrer Partei, der Lobby oder der EU-Fraktion. Auch scheint bei vielen finnischen Abgeordneten im Abstimmungsverhalten eine Diskrepanz zur „heimischen" politischen Auffassung zu bestehen, die bei vielen Parteien in Finnland sicherlich zu Regierungskontroversen geführt hätten.

Nicht nur die „Grünen" Finnlands haben in vielen Fragen eine kontraire Ansicht zu den „Grünen" in der EU-Fraktion, so u.a. in der Atompolitik und dem Minenbetrieb. Keine Frage, diese Themen sind generell eigenstaatliche Angelegenheiten, sollten jedoch prinzipiell ideologisch betrachtet, fraktionseinheitlich sein.

Anlässlich der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament möge jeder Wähler prüfen, wie „aktiv" sein Kandidat tatsächlich ist. - Bedauerlicherweise ist das finnische Europawahlgesetz und die Auswahl der Kandidaten eines der undemokratischten der gesamten Europäischen Union.

Keiner der Abgeordneten hinterfragt mit welchem Recht die EU-Beamten eine horrende Kinderzulage erhalten. Beispielsweise ein Vater von zwei Kindern erhält zusätzlich neben dem heimischen Kindergeld eine Kinderzulage von 745,22 Euro. Wie hoch auch immer das Kindergeld in den verschiedenen EU-Staaten ist, so tun sich die lokalen Parlamente schwer, das Kindergeld auch nur jährlich um 10 oder 20 Euro pro Kind zu erhöhen, um es den gestiegenden Preisen anzugleichen (in 2012 lag übrigens das Kindergeld in Griechenland bei nur 5,87

Euro/Monat, während in England man erst ab dem 2. Kind kindergeldberechtigt ist).

Mit welchem Recht erhalten EU-Gesandten den enormen Zuschlag in Höhe von (bei beispielsweise 2 Kindern) 745,22 Euro neben dem üblichem staatlichem Kindergeld?

Beim Blick in die Gehaltsvorschriften der EU, die stolze 238 Seiten umfassen, drängt sich nicht gerade der Eindruck auf, dass im EU-Beamtenkorps soziale Notlagen drohen. Die Gehaltstabelle beginnt bei 2654,17 Euro brutto monatlich und endet in der obersten Hierarchie bei 18 370 Euro brutto. Darüber stehen dann – aussertariflich – noch die Kommissare mit gut 20 000 Euro brutto. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bekommt einschliesslich „Residenzzulage“ und Aufwandsentschädigung 30 572,59 Euro brutto, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ebenso.

Ein Jung-Beamter mit einem Monats-Bruttogehalt von 2654,17 Euro bekommt als Verheirateter eine Haushaltszulage von 223,60 Euro und als Vater von zwei Kindern eine Kinderzulage von 745,22 Euro obendrauf. Wenn er kein Belgier ist und in Brüssel arbeitet, kommt eine Auslandszulage von 16 Prozent hinzu. Von den zahlreichen Extra-Urlauben bis zu Dienstbefreiungen einmal abgesehen, leben die Repräsentanten wie die Götter in Rom oder Athen. Auf das somit auf 4202,66 Euro angewachsene Bruttogehalt werden danach vergleichweise moderate Abzüge fällig: 11,6 Prozent des Grundgehalts für die spätere Pension, zwei Prozent für die Krankenkasse – und 219,50 Euro Steuern. Netto hat der junge EU-Beamte damit noch ein recht üppiges Salär von 3505,86 Euro übrig.

Eine abschliessende Feststellung, um wieviel alleine die finnischen Abgeordneten die EU Steuerzahler durch ihr Verhalten schädigten, ist nicht zu dokumentieren, da selbst ihre Anwesenheit im Parlament, in den Ausschüssen, Fraktionen usw. nicht unbedingt bedeutet, dass sie auch tatsächlich für die Belange der EU bzw. des EP tätig sind/waren. Allgemein dürfte jedoch erwiesen sein, dass 20% der Zeit mit „Shopping“ , kulturellen oder anderen Privatvergnügen verbunden waren. – Und es auch weiterhin sein werden.

Jürgen Rahf

Naantali, Finnland im November 2013